

## **Zweimal Ja zu den Energievorlagen, Nein zum KESB-Dolchstoss**

**Mit dem Berner SP-Nationalrat Matthias Aebischer und Fraktionschef Paul Furrer, Schwyz, war letzten Dienstag im Restaurant Bären beste Gelegenheit für Meinungsbildung im Hinblick auf die kantonalen und eidgenössischen Abstimmungsvorlagen vom 21. Mai 2017 gegeben.**

Der jung-dynamische und umso kompetenter auftretende Nationalrat Aebischer vermochte die Bundesvorlage zur Energiestrategie mit Leichtigkeit in ihren Einzelteilen aufzuzeigen. Im Herbst 2011 gingen die Bilder der Atommeiler von Fukushima in den Tsunamifluten um die Welt. Sie hatten entscheidenden Einfluss auf die neue Energiestrategie des Bundes, welche Bundesrätin Doris Leuthard im Herbst 2016 präsentierte: Den Atomausstieg schaffen, erneuerbare Energien fördern (also auch die Wasserkraft), die Energieeffizienz erhöhen und die Wertschöpfung der Energieerzeugung in der Schweiz halten.

### **Energiestrategie 2050 ist umsetzbar.**

Die weltweit ältesten Atomkraftwerke stehen in der Schweiz. Durch den Strompreiserfall sind sie ein Defizitgeschäft, die Abfallfrage ist auch nach über 50jähriger Bemühungen nicht gelöst. Der Ausstieg ist längerfristig unbestritten. Die erneuerbaren Energien sollen gefördert werden durch einen Netzzuschlag, der pro Familie etwa 40 Franken im Jahr ausmachen wird. Ebenso sollen all die Kleinprojekte, die auf der KEV-Liste auf Bewilligung warten, schneller ihre Bewilligungen erhalten. Dass trotz mehr Elektrogeräten und eines Bevölkerungs- und Wirtschaftswachstums der effektive Gesamtverbrauch an Energie 2016 im Vergleich zum Vorjahr erstmals rückläufig war, zeigt die steigende Effizienz der Energienutzung. Mit der Energiestrategie 2050 werden schliesslich auch natürliche Ressourcen geschont, neue Arbeitsplätze in der Schweiz geschaffen, und auf Strom mit Dreck am Stecken aus dem internationalen Markt könnte bald verzichtet werden. Dass die grossen Stromkonzerne heute Defizite schreiben, hängt nur bedingt mit der Energiewende zusammen: Nebst dem Strompreiserfall wurden nämlich jahrelang zig Millionen Franken Boni und üppige Dividenden verteilt anstatt in zukunftssträchtige Energieformen zu investieren. Und jetzt fordern ausgerechnet die "marktwirtschaftlich" argumentierenden Gegner der neuen Energiestrategie, dass diese Aktiengesellschaften auch noch vom Staat mitfinanziert werden. Da kann der Staat diese Konzerne ja doch besser selbst übernehmen! Das neue Energiegesetz setzt der Subventionswirtschaft im übrigen auch zeitliche Grenzen - was das heutige System nicht tut. Die SP-Einsiedeln beschliesst klar die Ja-Parole.

Im gleichen Zug befürwortet die Parteiversammlung die Initiative PlusEnergieaus-Initiative der CVP Schwyz. Sie setzt damit ein Signal in die richtige Richtung, für eine Zukunft mit nachhaltiger Energietechnik im Hausbau. Die SP Einsiedeln empfiehlt ein Ja einzulegen.

### **Nein zur KESB-Initiative**

Kernig und engagiert präsentierte SP-Kantonsrat und Fraktionspräsident Paul Furrer, Leiter Wohnen der BSZ Seewen, seine Innenansicht der Schwächen und Stärken der neuen Kindes- und Erwachsenenschutzbehörde KESB. Seit ihrem turbulenten Start 2013 sei sicher einiges schiefgelaufen, und die Ängste in der Bevölkerung und vor allem der Betroffenen seien ernst zu nehmen. Unbestritten aber bleibt für ihn, dass die Gemeinden im Kanton heute weder personell noch finanziell mit den erhöhten Anforderungen im Kindes- und Erwachsenenschutz Schritt halten können. Gerade die sich abzeichnende Zunahme der Demenzzfälle zeige neben den bestehenden jährlichen 4500 Dossiers den professionellen Anspruch an deren Abwicklung. Unbedingt müssen aber Verbesserungen nachgeführt werden: Die Zusammenarbeit mit den Gemeinden muss dringend erstes Ziel werden. Eine kantonale Ombudsstelle soll Betroffenen bei Fragen und Kritik verlässliche Anlaufstelle werden. Die personelle Besetzung der Behörde darf nicht bloss nach

juristischer Qualifikation, sondern muss auch nach Eignungskriterien in Sozialkompetenz erfolgen. Unter dem Deckmantel der Finanzknappheit des Kantons wurde hier wohl eher suboptimal auf Stellenbesetzung und entsprechende Kommunikation eingewirkt. Grundsätzlich aber sei die Behörde auf dem richtigen Weg. Wegen Startschwierigkeiten sei nicht das ganze System in Frage zu stellen, sondern vielmehr die aktuelle Situation zu optimieren. Fremdplatzierungen hätten zum Beispiel seit dem Systemwechsel markant abgenommen. Die SP-Versammlung beschliesst einstimmig die Nein-Parole zur Initiative.

Zum Schluss musste Präsident Johannes Borner den Rücktritt von Erika Weber aus dem Kantonsrat mitteilen. Als Nachfolger konnte er Franz Camenzind vorstellen. Dieser Wechsel bildete wohl zusammen mit den Vorlagen und weiteren Themen aus Politik und Gesellschaft Gesprächsstoff in munteren Runden bis spät.